

SERVUS SEPP

Über sieben Jahre hat Sepp Daxenberger dem Krebs die Stirn geboten, hat sich nicht unterkriegen lassen, hat sich erfolgreich dagegen gewehrt, durch sein Leiden ein anderer zu werden. Am Ende hat zwar der „verfluchte Krebs“ die Oberhand behalten. So hat Sepp in den Stunden, als es ihm besonders schlecht ging, die Krankheit genannt. Aber fast bis zum Schluss kämpfte er für die politische Idee, die ihn umtrieb, mit vollem Einsatz und blieb dabei doch der Sepp, wie ihn viele kannten: geradlinig, unprätentiös und bodenständig.

Er hat es wie wenige geschafft, eigentlich Widersprüchliches wie selbstverständlich zusammen zu fügen: eine konservative Lebenswelt mit dem Anspruch der Weltoffenheit, pragmatisches Handeln, ohne die Visionen aus den Augen zu verlieren, den christlichen Glauben mit einem liberalen Weltbild. Wenn diese Begriffspaare heute gar nicht mehr so gegensätzlich klingen, dann zeigt das umso mehr, dass Sepp die Zeichen der Zeit früh erkannt hat. Es ging ihm nicht darum, jede Position bis ins kleinste Detail festzulegen; es ging ihm darum, grüne Ideen mehrheitsfähig zu machen. Recht haben, aber auf verlorenem Posten zu stehen, das war nicht sein Ding. Er wollte Veränderung, wollte etwas bewegen, jetzt und nicht erst in 20 oder 30 Jahren. Das geht nur, wenn man auf die Menschen zugeht. „Auf dem Feuerwehball tanzen statt in Hinterzimmern versauern“ – so sollte grüne Politik gemacht werden, nicht elitär, sondern bürgernah.

Der Kampf gegen Atomkraft, gegen die Agrogentechnik, der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen – das war das Leitmotiv seiner Politik. Und das macht auch klar, warum er zu den Grünen gegangen ist und nicht zur CSU. Aber es ging ihm nicht nur um Ökologie. Die Kommunalpolitik war sein zweites großes Thema. Kommunen sind die Keimzellen der Demokratie, hier ist der Kontakt zur Politik besonders eng, die Möglichkeit, sich einzumischen, besonders groß.



Versagt hier die Politik, weil die Kommunen kein Geld haben oder die EntscheidungsträgerInnen die Bürgerinnen und Bürger außen vor lassen, leidet die Demokratie insgesamt, so lautete sein Credo. In der Kommune wird Politik unmittelbar und sinnlich erfahrbar: wenn die Infrastruktur stimmt, wenn die Menschen mitentscheiden können, begreifen sie den Ort als ihren eigenen. Wenn die Schulen bröckeln, Entscheidungen ausgemauschelt werden, die Ortskerne veröden, weil Geschäfte auf die grüne Wiese ziehen, wenden sich viele frustriert ab.

Dass die Grünen heute für viele Menschen wählbar sind, die uns früher ablehnend gegenüber standen, ist ein langfristiger gesellschaftlicher Trend. Aber jeder Trend braucht auch Symbolfiguren. Für uns bayerische Grüne war Sepp die Symbolfigur, die

klargemacht hat: Auch wir lieben das Land und wollen das Beste für seine Menschen, auch wer in den Traditionen verwurzelt ist, kann seine politische Heimat bei den Grünen haben. Die beliebte Frage, von welchem Politiker man bedenkenlos einen Gebrauchtwagen kaufen würde, hätten bei Sepp wohl sehr viele mit „Ja“ beantwortet, einfach, weil er glaubwürdiger war als andere, die ihre Bürgernähe nur inszenieren.

Mit Sepps Tod haben viele von uns auch einen Freund verloren. Einen Menschen, der seinen Humor selten verloren hat, der verlässlich war und fast immer ein offenes Ohr hatte. Er wird uns fehlen.

Dieter Janecek und Theresa Schopper, Landesvorsitzende

Margarete Bause und Thomas Mütze, Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag

Ulrike Gote, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion im Bayerischen Landtag

LIEBER FRISCH VOM STALL ALS FRISCH VOM VERSICHERUNGSBETRUG

Grüne Stationen von Sepp Daxenberger

Von 1982 bis zu seinem Tod war Sepp Daxenberger Mitglied bei den Grünen. Er war ein Vollblutpolitiker und zwar schon lange bevor Politik sein Beruf wurde. Zur Würdigung seiner politischen Arbeit zeichnen wir hier einige der Wegmarken seiner politischen Arbeit nach. Wirklich vollständig ist diese Aufzählung in Anbetracht seiner Lebensleistung nicht.

Sepps parlamentarische Karriere begann im Kreistag von Traunstein, in den er 1984 zum ersten Mal gewählt wurde und dem er bis zu seinem Tod über ein Viertel Jahrhundert angehörte. Hier legte er den kommunalpolitischen Grundstein für die Wahl zum Bürgermeister in Waging am See 1996. 1990 wurde er in den bayerischen Landtag gewählt. Er sehe aus, als käme er frisch vom Stall, musste er sich aus den Reihen des Landtagspräsidiums ob seiner Kleidung vorhalten lassen. Sepp konterte, ihm seien Leute lieber, die aussehen, als kämen sie frisch vom Stall als solche, die aussehen, als kämen sie frisch vom Versicherungsbetrug. Seine Kleidung



Foto: Matzelberger&Söhne

und Politik für Kinder und Jugendliche und obendrein eine finanzielle gesunde Kommune übergeben.

Noch während seiner Zeit als Bürgermeister wurde Sepp Landesvorsitzender der Grünen. 2002 zuerst zusammen mit Margarete Bause, ab 2003 bis 2008 gemeinsam mit Theresa Schopper. 2008 wurde er dann als Spitzenkandidat der Grünen erneut in den Landtag gewählt, wurde Fraktionsvorsitzender und gab dieses Amt erst im Sommer ab, weil er mehr Kraft beim Kampf gegen seine Krankheit brauchte.

In dieser Zeit hat Sepp das Bild der bayerischen Grünen geprägt. Ihm ist es maßgeblich zu verdanken, dass die bayerischen Grünen heute eine Partei sind, die für städtische BildungsbürgerInnen gleichermaßen wählbar sind, wie für wert-

konservative LandbewohnerInnen. Er hat die Grünen dauerhaft mit Bayern versöhnt und umgekehrt. Seine Beliebtheit war nicht nur mit den Händen zu greifen, wenn man mit ihm im Land unterwegs war, sie ist auch demoskopisch verbrieft: er gehörte stets – zusammen mit den Ministerpräsidenten und dem Münchner OB Ude – zu den beliebtesten bayerischen Politikern.

„Was machen die Grünen ohne Sepp Daxenberger?“ fragte eine Nachrichtenagentur kürzlich. Hätte Sepp die Frage noch selbst beantworten können, hätte er wohl gesagt: „Hoffentlich weiterhin erfolgreiche grüne Politik. Es gibt viel zu tun, die Probleme drängen, wir müssen sie anpacken.“ Irgendwie sind wir es ihm auch schuldig, in diesem seinem Sinne weiter zu machen – auch, wenn es mit ihm leichter gewesen wäre.



Foto: argum

hat niemand mehr offen gerügt. Obwohl klar in der Sache, hat er sich im Ton nie vergriffen. Persönliche Angriffe waren nie seine Art und das erklärt wohl auch seine Beliebtheit in der Bevölkerung und war Voraussetzung für die Wahl zum Bürgermeister in Waging.

Diese Wahl wurde in der ganzen Republik als Sensation gefeiert: ein Grüner wird Bürgermeister in einer bayerischen Bilderbuchgemeinde. Trotz aller scheinbar unversöhnlichen Klischees blieb Sepp 12 Jahre lang Bürgermeister, wurde mit überwältigenden 76% wiedergewählt und hat Waging nicht auf den Kopf gestellt, sondern erfolgreich regiert: er hat eine Menge angeschoben, vor allem in Sachen Umwelt



BASISBRIEF

MITGLIEDERINFO FÜR BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IN BAYERN

- MEIN BAYERN – ZUKUNFTSKONGRESSE
- NEUES EUROPABÜRO IN MÜNCHEN ERÖFFNET
- ATOMKRAFT – SCHLUSS JETZT!
- NOLYMPIA – FOKUS AUF GARMISCH-PARTENKIRCHEN
- DOPPELHAUSHALT 2010/2011



Foto: iStockphoto

EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde,



der Kampf gegen längere AKW-Laufzeiten und der Mein Bayern-Prozess beschieren uns einen arbeits- und hoffentlich erfolgreichen Herbst. Wir hoffen dabei auf eure rege Beteiligung: beim Protest gegen die Atomkraft und beim nächsten Zukunftskongress. Thema: Demografischer Wandel. Die Infos hierzu und zu vielen



anderen Themen findet ihr in diesem Heft, das in neuer Aufmachung erscheint.

Mit dem neuen Format des Basisbriefs wollen wir knapper und übersichtlicher informieren; wir bieten aber auch die Möglichkeit, die angesprochenen Themen über die angegebenen Links weiter zu vertiefen. Auf der Website des Landesverbandes findet ihr den Basisbrief als PDF-Datei, dort könnt ihr die Links direkt anklicken.

Herzliche Grüße

Theresa Schopper, Dieter Janecek
Landesvorsitzende

„MEIN BAYERN“-PROZESS

Von der Wachstumsdebatte zur Zeitreise 2030

Zusammenrücken mussten die TeilnehmerInnen schon, als im Fürther Bildungs- und Kulturzentrum ein Tag lang über Wachstum geredet und debattiert wurde. Rund 150 Interessierte kamen am 17. Juli zum gelungenen Auftakt der Zukunftskongressreihe und diskutierten mit PolitikerInnen und ExpertInnen wie Fritz Kuhn MdB, Randolf Rodenstock (Präsident vbw), Dr. Sabine Reiner (ver.di Bundesvorstand) und Peter Unfried (taz-Chefreporter) darüber, ob Wachstum in der heutigen Zeit noch sinnvoll ist.

„Bayern soll grüner werden und daran arbeiten wir mit offenen Diskussionen in unserem Prozess Mein Bayern“, erklärt der Landesvorsitzende Dieter Janecek das Ziel der Initiative. Jenseits des Politiktrubels sollen inhaltliche Visionen entwickelt und andere Wege gefunden werden, wie man Zukunft gemeinsam besser gestaltet. Mittlerweile sind die Vorbereitungen für den zweiten Kongress in vollem Gange. Am 4. Dezember dreht sich im Alten E-Werk in Bamberg alles rund um die Auswirkungen des demografischen Wandels, die Bayern in den nächsten 20 Jahren merklich verändern

werden. Wie sieht eine gerechte Aufteilung der knappen Mittel zwischen Schwundregionen und Wachstumsinseln aus? Was sind die Risiken, aber vor allem die Chancen, an denen sich die Politik orientieren sollte? Neben Vorträgen und Expertengesprächen mit Referenten aus Forschung, Politik und Wirtschaft werden sich die TeilnehmerInnen aktiv an einer Simulation Bayern 2030 beteiligen können und gemeinsam Lösungen für ein lebenswertes Bayern der Zukunft erarbeiten.

Mehr zum Thema gibt es im November in der ersten regulären Ausgabe von Grünen, der neuen Thematikzeitschrift des Landesverbandes für seine Mitglieder.

Wie auch beim letzten Kongress vergeben wir die begrenzte Anzahl der Plätze nach Eingang der Anmeldungen. Eng wird's sicherlich auch dieses Mal wieder.

Also am besten gleich schreiben oder bei uns anrufen und einen Platz sichern: landesverband@bayern.gruene.de oder Telefon 089/211 597-0

➔ MEHR UNTER:

[HTTP://MEINBAYERN.GRUENE-BAYERN.DE](http://MEINBAYERN.GRUENE-BAYERN.DE)

LAK DEMOKRATIE UND RECHT

Nikolaus Hoenning und Florian Kraus sind die zwei neuen Sprecher des LAK Demokratie und Recht. Der bisherige Sprecher Julian Mehnle komplettiert das Vorstandsteam als Kassier.

Nikolaus Hoenning ist Politikwissenschaftler und neben seinem Engagement bei den Grünen auch im Landesvorstand von Mehr Demokratie in Bayern. Er möchte die Themen Freiheit, Mitbestimmung/BürgerInnenbeteiligung und Transparenz im LAK stärker auf die Agenda setzen.



Florian Kraus arbeitet in München als Strafverteidiger und widmet sich im LAK der Justiz- und Rechtspolitik. Die Reform der Sicherungsverwahrung, ein an kriminologischen Erkenntnissen orientiertes Jugendstrafrecht und der Strafvollzug liegen ihm dabei besonders am Herzen.

AUS DEM NETZ

► **Antragstool – Jetzt mitdiskutieren!** Die Netzbegründung hat ein Instrument entwickelt, das allen InternetnutzerInnen die Möglichkeit gibt, Anträge abschnittsweise zu kommentieren. Den Anfang macht der Leitartikel zum „Mein-Bayern“-Thema „Wachstum“: <http://antraege.gruene-bayern.de>

► **LDK live im Internet verfolgen** Ebenfalls die Netzbegründung wird bei der kommenden Landesversammlung am 23./24. Oktober in Würzburg wieder dafür sorgen, dass Daheimgebliebene die LDK live im Internet verfolgen können. Nähere Infos gibt es zeitnah auf unserer Homepage www.gruene-bayern.de

► **Landesarbeitskreise bloggen** Wer über Arbeit und Termine der LAKs auf dem Laufenden bleiben will, ist auf dem LAK-Blog richtig. Hier kann man mit den LAKs Kontakt aufnehmen und ihre Aktivitäten kommentieren: <http://lak.gruene-bayern.de/>

WACHSTUM

Eine Betrachtung des Landesarbeitskreises für Frauenpolitik

Wir leben in einer hektischen Zeit, die geprägt ist von Schneller, Höher, Weiter. Das führt uns in eine dramatische Klimakatastrophe, zerstört unsere Umwelt und geht Hand in Hand mit unverantwortlichem Ressourcenverbrauch und der Vernachlässigung menschlicher Bedürfnisse, wie der Balance zwischen Arbeit und Leben. Zunehmende gesundheitliche Probleme wie das Burn-out-Syndrom, Allergien, Herzinfarkte, aber auch übersteigertes Konkurrenzverhalten und eine zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft sind die Folgen.

Es stellt sich nicht mehr die Frage, ob wir in einer solchen Gesellschaft leben wollen. Wenn wir unsere Welt, wie wir sie kennen, erhalten wollen, muss sich etwas ändern. Die Frage ist also: Was müssen wir ändern, wie müssen wir es ändern.

Der LAK Frauenpolitik möchte die Wachstumsfrage aus frauenpolitischer Sicht be-

leuchten. Die heutige Bewertung von Wirtschaft ist per Definition schlecht für Natur und die Frauen: Soziale und ökologische Werte werden genutzt, aber nicht berechnet. Während die Ökonomie sich in Theorie und Praxis um die Produktivität der bezahlten Arbeitskraft dreht, bleibt sie bezüglich der Produktivität des so genannten Reproduktiven blind – der Natur und der sozial weiblichen Arbeit.

Wie kann die bestehende Fixierung auf ein stetiges Wirtschaftswachstum gekoppelt mit einem steigenden Verbrauch der Ressourcen der Natur und der Gesellschaft umgewandelt werden in ein qualitäts- und wohlstandssteigerndes Wachstum?

Anna Hanusch mit Marlis Friedl und Doris Wagner, LAK Frauenpolitik

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-URL.DE/WACHSTUM

GRÜNE ZIELE VERFOLGEN ...

... mit einer ökologischen und sozialen Steuerpolitik

Selten zuvor hat eine Regierung eine so dreiste Klientelpolitik betrieben wie Schwarz-Gelb mit der Mehrwertsteuerermäßigung für Hotelübernachtungen. Auch die anderen Vorhaben der Koalition sind erschreckend: Abschaffung der Gewerbesteuer, Steuersenkungen und Steuerprivilegien für Gutverdiener lassen vermuten, dass CDU/CSU und FDP weiter nicht davor zurückschrecken werden, den Staat für ihre Klientel auszubeuten.

Dabei brauchen wir gerade jetzt eine Steuerpolitik, die Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft korrigiert. Wir brauchen eine Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform, welche die ökologischen Kosten unseres Wirtschaftens verringert. Wir brauchen eine Reform der Einkommens- und Vermögensbesteuerung, die die Schere zwischen Arm und Reich schließt. Wir brauchen eine Reform der Mehrwertsteuer, die klientelge-

triebene Ausnahmen zu Lasten aller Steuerzahler aufhebt. Wir brauchen eine Gewerbesteuer, die mit einer Verbreiterung auf freie Berufe wie Ärzte krisenfester gemacht wird.

Thomas Gambke, MdB, Sprecher LAK Wirtschaft und Finanzen

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-URL.DE/STEUERPOLITIK



Foto: iStockphoto



„2030 – NACH UNS DIE ZUKUNFT“

Die Politik von MORGEN gibt es mancherorts schon HEUTE!

Klimawandel, demographische Entwicklung, Artenschwund und begrenzte Ressourcen verändern unser Leben. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel weg vom materiellen Wohlstand hin zu purer Lebensqualität. Durch mutige Konzepte können wir heute schon dazu beitragen, die Zukunft positiv zu gestalten. Grüne Politik ist voller Ideen und setzt Impulse zu einer integrierten Entwicklung. Die Kommunen als Orte der öffentlichen Daseinsvorsorge und des bürgerschaftlichen Engagements sind Keimzellen des Umbaus. Nicht jede Gemeinde muss das Rad neu erfinden, sondern kann von anderen lernen.

Im Herbst werde ich die Broschüre „2030 – nach uns die Zukunft“ veröffentlichen. Sie liefert Denkanstöße und stellt gute Modelle vor, wie wir auf die sich ändernden Lebensbedingungen eingehen können.

Zusätzlich gibt es auf meiner Homepage praktische Beispiele, die anderen vor Ort behilflich sein sollen. Schickt uns alles, von dem ihr meint, es wäre für andere Kommunen nachahmenswert!

Toni Hofreiter, MdB

➔ MEHR UNTER: WWW.TONI-HOFREITER.DE/BEST_PRACTICES.PHP

MONSANTO-ANGRIFF ABWEHREN

Finger weg vom fränkischen Karpfen!

Agro-Gentechnik-Unternehmen wie Monsanto wollen weltweit die Kontrolle über die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln übernehmen und die Nahrungskette monopolisieren. Durch die Hintertür will der Konzern nun den fränkischen Karpfen patentieren.

In Entwicklungs- und Schwellenländern, aber auch bei uns, steht die unabhängige Nahrungsmittelversorgung auf dem Spiel. Durch die Patentierung von Nahrungsmitteln versuchen die Agro-Giganten den wachsenden weltweiten Widerstand zu umgehen. Das Patent auf Brokkoli sorgt seit Wochen für Aufregung.

An die – fränkische – Volksseele geht ein weiteres geplantes Patent auf bestimmte Fettsäuren im Karpfen. Die Gefahr besteht, Karpfen künftig nur von Monsantos Gnaden genießen zu können. Anders als bei uns gefährdet diese Monopolisierung und Patentierung von Lebensmitteln in Entwicklungsländern das Überleben tausender Menschen. Wir müssen dem Treiben der Agro-Giganten weltweit Einhalt gebieten.

Uwe Kekeritz, MdB

➔ MEHR UNTER: [HTTP://UWEKEKERITZ.DE/INDEX.PHP?ID=149](http://UWEKEKERITZ.DE/INDEX.PHP?ID=149)

DAS EEG – EIN GRÜNER EXPORTSCHLAGER

Auf dem Weg zu 100 % Erneuerbaren Energien hat sich das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) längst zum Grünen-Exportschlager entwickelt. In fast 50 Ländern weltweit wurde das deutsche EEG zum Vorbild genommen. Dabei haben sich Einspeisevergütungsmodelle gegenüber Quotensystemen als klar überlegen erwiesen. Nun schicken sich nach China auch die USA und Japan an, das Grüne Erfolgsmodell zu übernehmen. Im US-Kongress

hat der Demokrat Jay Inslee einen Gesetzesentwurf für ein amerikanisches EEG eingebracht. Dem Gesetz werden nach dem Scheitern von Obamas Klimaschutz-Gesetz durchaus Chancen eingeräumt. Ich freue mich, dass ich bei meinen Besuchen in Washington den Entwurf eines US-EEG mit fördern konnte.

Hans-Josef Fell, MdB

➔ MEHR UNTER: WWW.HANS-JOSEF-FELL.DE

NEUES EUROPABÜRO IN MÜNCHEN

Am 1. Juli 2010 hat unser Europaabgeordneter Gerald Häfner, zusätzlich zu seinen Büros in Brüssel und Straßburg, ein Europabüro in München eröffnet. Durch das Büro werden die bayerischen Belange noch stärker nach Brüssel getragen und die Vernetzung zur Partei weiter ausgebaut. Es ist Ansprechpartner vor Ort für alle Fragen, die das Europäische Parlament, die Europäische Union und Gerald's Arbeit betreffen, koordiniert die Termine, hält Kontakt zur Presse und organisiert die Besucherfahrten nach Brüssel und Straßburg.



Gerald Häfner

Darüber hinaus plant das Büro noch in diesem Jahr eine oder mehrere Veranstaltungen zur Europäischen Bürgerinitiative (EBI) in Bayern. Die EBI ist das erste Instrument direkter Bürgerbeteiligung über die eigenen Staatsgrenzen hinaus und gibt den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union die Möglichkeit, sich direkt in die Politik der EU einzumischen. Gerald wurde in diesem Jahr vom Europäischen Parlament zum Berichterstatter für die EBI ernannt und ist an der weiteren Ausgestaltung der Initiative maßgeblich beteiligt.

Nähere Informationen bezüglich Ort und Termin der Veranstaltungen folgen in den nächsten Wochen.

Anschrift: Europabüro Gerald Häfner, Sendlinger Str. 47, 80331 München (in der Landesgeschäftsstelle)

Öffnungszeiten:

Di/Do 14 – 18 Uhr, Mi/Fr 9 – 13 Uhr

Telefon: 089/211 597 20

Email: matthias.gauger@gruene-europa.de

Büroleiter: Matthias Gauger

Stellungnahme zu „Gesamtkonzept statt leerer Versprechen“

von Thomas Gambke (Basisbrief Juni 2010)

Da der Beitrag Ungereimtheiten enthält und die Verfasser sich nicht mit den zuständigen Gremien und Abgeordneten der Grünen abgestimmt haben, eine Präzisierung:

1. Dass die „Marzlinger Spange“ ökologisch nicht durchsetzbar ist, hat sich bis in die CSU herumgesprochen.

2. Die Neufahrer Kurve ist kein neuer Vorschlag. Mit der „Neufahrer Gegenkurve“ bestehen genauer zwei Vorschläge. Da sie das eigentliche Problem – einen Großflughafen ohne leistungsfähige ÖPNV-Verbindung in ein Feuchtgebiet gesetzt zu haben – unzulänglich lösen, gibt es außer Freising, das ein Abhängen von den derzeitigen Bahntrassen fürchtet, nicht viele Befürworter.

3. Der „Zeitler-Plan“ ist der einzige neue Vorschlag. Die geforderte Kosten- und Nutzenanalyse wird zurzeit erstellt.

4. Der Sinn des Vorschlags liegt darin, dass Züge nicht am Flughafen, sondern am Münchener Hbf enden sollen.

5. Bei den geforderten Projekten verweisen die Verfasser u.a. auf: „Streckenbeschleunigung München-Regensburg“ und „umsteigefreie und beschleunigte Strecke Prag-Regensburg-München“. Betreibt man hier unter dem Deckmantel der knappen Finanzen bewusste Irreführung? Es ist unabdingbar, dass bei einer Flughafenanbindung insb. die Strecke ab Regensburg beschleunigt werden muss und die Fahrzeit von über 1:35 auch mit Flughafenhalt gesenkt werden kann. Ferner besteht die Chance, die Strecke wieder als „Fernverkehr“ einzustufen.

6. Auch bei der Wirtschaft ist das Interesse groß, leider kommen immer mehr Kleinteile aus Asien per Flugzeug. (Kein Lob auf die Fliegerei! Aber heute werden die Komponenten mangels leistungsfähiger Bahntrasse per LKW weiterbefördert.)

Es ist für die Partei schädlich, wenn mit wenig Sachkenntnis in fremden Revieren gewildert wird und für die beiden Verfasser.

Günter Bock, Sprecher Bereich Verkehr des LAK Verkehr-Planen-Bauen

GRATULATION AN MARTIN RUNGE

Grüner Landtagsabgeordneter erhält Bayerischen Verdienstorden

►Kreisverband Fürstfeldbruck◄ Dr. Martin Runge, Landtagsabgeordneter der Grünen aus Gröbenzell und Sprecher des Kreisverbands Fürstfeldbruck, hat am 26. Juli von Ministerpräsident Seehofer den Bayerischen Verdienstorden überreicht bekommen. Martin Runge erhält die höchste Auszeichnung des Freistaats auch für seine langjährige engagierte Arbeit im Bayerischen Landtag. Dort war er u.a. zwei Jahre stellvertretender Vorsitzender und fünf Jahre Vorsitzender des Ausschusses für Bundes- und Europa-Angelegenheiten. Er vertrat die Grünen im Rundfunk- und im Medienrat und ist aktuell der wirtschafts-, verkehrs- und europapolitische Sprecher seiner Fraktion im Landtag. Es ist uns Kreis-Grünen ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass Martin Runge weit über seine Tätigkeit als Berufspolitiker hinaus ehrenamtlich tätig ist. Wir

Grünen im Landkreis freuen uns über diese hohe Auszeichnung, auch wenn wir ein wenig darüber schmunzeln, dass sich ausgerechnet ihr kritischer und kämpferischer Mitstreiter nun in die Riege der altherwürdigen Ordensträger einreicht.

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-URL.DE/VERDIENSTORDEN



GRÖSSENWAHN BEI REGIONALER VERKEHRSPOLITIK

„Lokalmatador“ Ramsauer nicht zu bremsen

►Kreisverband Traunstein◄ Überall im Land wird gespart. Die Kommunen und Parlamente müssen angesichts leerer Kassen abwägen, ob Kosten und Nutzen von Investitionen in einer vernünftigen Relation zueinander stehen. Überall? Nein: Im idyllischen Chiemgau treibt „Lokalmatador“ Dr. Peter Ramsauer sein Unwesen.

Seit seiner Ernennung zum Bundesverkehrsminister kommt er regelmäßig in seinen Stimmkreis und verspricht munter den Bau von Ortsumgehungen, Brücken oder Autobahnen. Investiert werden sollen viele Millionen. Auch die Mittelkürzungen im Haushalt des Verkehrsministeriums können Ramsauer

nicht bremsen. Die heimische CSU macht dabei begeistert mit.

Zwei besonders größenwahnsinnige Projekte in unserer Region sind erwähnenswert: Der geplante Bau der Brücke über die Salzach bei Fridolfing, Wunschprojekt des Traunsteiner Landrats Hermann Steinmaßl, und der geplante Ausbau der Autobahn 8 zwischen Piding und Frasdorf. Die Kosten für diese beiden Bauvorhaben liegen bei mindestens 840 Millionen Euro. Über den Nutzen hingegen wird in der Region heftig gestritten.

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-URL.DE/TRAUNSTEIN



ATOMKRAFT – SCHLUSS JETZT!

Anti-Atom-Prozess geht in die heiße Phase

Die schwarz-gelbe Bundesregierung streitet über die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke und will im September darüber entscheiden. Das Ende August erschienene viel kritisierte Gutachten für ein Energiekonzept der Zukunft schafft in den Reihen der Bundesregierung nur Verwirrung. Die Koalitionspartner sind weit davon entfernt, sich auf eine klare Linie festzulegen. Wie die Entscheidung über längere Laufzeiten auch ausfallen mag: die Grünen stellen sich gegen diese willkürliche und unverantwortliche Politik mit zahlreichen Initiativen im „Heißen Herbst“ gegen Atomkraft.

Mit Aktionen und einer Podiumsdiskussion in Bensheim und Viernheim, in der Nähe von Deutschlands ältesten AKW Biblis, startete am 1. Juli die bundesweite Anti-Atom-Tour der Kampagne „Atomkraft? Ich bin doch nicht blöd“.

Nach dem erfolgreichen Auftakt wird die Tour nach der Sommerpause fortgesetzt: Mit einem breiten Bündnis verschiedener Organisationen werden die Grünen am Samstag, den 18. September ab 13 Uhr in Berlin auf die Straße gehen und das Regierungsviertel umzingeln. Die Bundesregierung soll den Protest der Menschen genau zu dem Zeitpunkt spüren, wenn das neue Atomgesetz in den Bundestag eingebracht wird.

Auch in Bayern regt sich erneut Widerstand gegen die Atompolitik der Bundesregierung. Besonders das veraltete AKW Isar 1 muss wie geplant im kommenden Sommer vom Netz gehen! Am Freitag, den 1. Oktober ist dazu in Landshut eine Veranstaltung mit Aktionen und einem Infostand festgesetzt, bevor am Samstag, den 9. Oktober eine Demonstration in München stattfindet. Geplant ist eine 10 Kilometer lange Menschenkette quer durch München. Jede/r wird vor Ort gebraucht, damit wir die Kette schließen können. Dafür sind mindestens 3.000 Personen notwendig.

Begleitet wird die Aktion von einem reichhaltigem Kulturprogramm. Neben den Grünen sind noch zahlreiche weitere Verbände, Parteien und Initiativen als Träger mit von der Partie. Mach mit!

➔ MEHR UNTER: WWW.ANTI-ATOM-DEMO.DE UND WWW.ANTI-ATOM-BAYERN.DE SOWIE [HTTP://GRUENE-URL.DE/ATOMAUSSTIEG](http://GRUENE-URL.DE/ATOMAUSSTIEG)



Foto: iStockphoto

Landtagsfraktion

►Die Künstlerin Anne Franke aus Gauting rückt für den verstorbenen Sepp Daxenberger in den Bayerischen Landtag nach. Die 1954 geborene Münchnerin betreibt seit über zwanzig Jahren ein Kunstatelier in Stockdorf und ist Kreisrätin für die Grünen in Starnberg und Gemeinderätin in Gauting.

►Nach der Wahl von Thomas Mütze zum neuen Fraktionsvorsitzenden hat die Landtagsfraktion in diversen Ausschüssen die Stühle gerückt: Claudia Stamm aus München wechselt in den Haushaltsausschuss und übernimmt von Thomas Mütze das Amt des haushaltspolitischen Sprechers. Nachfolger von Thomas Mütze im Ausschuss für den Öffentlichen Dienst wird der Oberallgäuer Abgeordnete Thomas Gehring.

Landesverband

►Das Team der Landesgeschäftsstelle hat Verstärkung bekommen: Daniela Wüst wird die Elternzeit von Alex Burger auffangen und uns ab sofort im Bereich Öffentlichkeitsarbeit & Neue Medien unterstützen. Daniela hat zuletzt für das Goethe-Institut in Turin gearbeitet. Christopher Reiter wird seine Stelle als Green Associate ab Anfang Oktober antreten. Die befristete Stelle richtet sich an HochschulabsolventInnen, die eine berufliche Zukunft in der Politik anstreben.

Anzeige

Greencampus

weiterbildung | politik | management



Alles fit?

Dein Trainingsplan für die Politik unter:
www.greencampus.de

KRANKENKASSEN VOR DEM KOLLAPS

Im kommenden Jahr droht den gesetzlichen Krankenkassen ein Elf-Milliarden-Minus und die Angst vor dem Zusammenbruch des Gesundheitssystems wächst. Nachdem die Bundesregierung die Reform Kopfpauschale ad acta legen musste, kneift sie nun und greift genau zu dem Mittel, das sie bisher vehement ausgeschlossen hatte: Einen Teil des Defizits durch Beitragserhöhungen auszugleichen. Diese Entscheidung ist Gift für den Arbeitsmarkt. Statt wichtige Reformen im Gesundheitswesen anzupacken, wird auf mehr Geld im System gesetzt. Der richtige Schritt wäre, Strukturveränderungen anzugehen. Der Sachverständigenrat beklagt immer wieder Über-, Unter- oder Fehlversorgung. In München gibt es z.B. eine höhere Anzahl an Herzkatheter-Messplätzen als in ganz England.

Es kommt auf eine bessere Zusammenarbeit und Vernetzung an, auf der Einnahmenseite müssen die Beiträge vom Lohneinkommen entkoppelt, auf breitere Schultern verteilt und der Weg in eine Bürgerversicherung geebnet werden. Die Bürgerversicherung ist gerecht, weil auch die Versicherten der privaten Krankenversicherung und Einnahmen aus Kapitalerträgen berücksichtigt werden.

Theresa Schopper,
gesundheitspolitische Sprecherin

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ▶ POLITIKFELDER ▶ GESUNDHEIT

GANZTAGSSCHULE: AUSBAU ENTÄUSCHT

Mehr Quantität und mehr Qualität nötig

Weder Masse noch Klasse bei den Ganztagschulen in Bayern. Wenn die Staatsregierung so weitermacht, werden bis zum Jahr 2020 nicht einmal 10% der SchülerInnen in Ganztagsangeboten betreut. Es gibt ein Nebeneinander von vielen Ganztagsystemen mit unterschiedlichen Zuständigkeiten und Finanzierungsmodalitäten, die staatliche Finanzierung ist ungenügend, auch nach dem Bildungsgipfel Seehofers müssen die Kommunen hohe Kosten für Ganztagesangebote schultern. In der im Sommer verabschiedeten Schulgesetznovelle schlängelt sich die Staatsregierung um das Konnexitätsprinzip

mit hohlen Worten herum. Der Antrag der Grünen: Die Genehmigung schulischer Ganztagsangebote die von den Kommunen initiiert werden, dürfen nicht unter das staatliche Ermessen und dessen Haushaltsvorbehalt gestellt werden. Außerdem sollen Grundschulen den Hauptschulen bei der offenen Ganztagschule gleichgestellt werden. Unser Ziel ist: mehr Quantität und mehr Qualität, insbesondere durch gebundene Ganztagschulen.

Thomas Gehring, schulpolitischer Sprecher

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ▶ POLITIKFELDER ▶ BILDUNG

KAMPF UM DEN SCHULGELDAUSGLEICH

Kultus- und Sozialministerium uneins

Kultusminister Spaenle hat in einem Schreiben an die privaten Berufsfachschulen für Altenpflege und -pflegehilfe angekündigt, ab dem Schuljahr 2010/11 den zusätzlichen Schulgeldausgleich pro Unterrichtsmonat und SchülerIn von jetzt 200 auf 100 Euro zu halbieren. Durch die so entstehende Finanzierungslücke wären die Altenpflegefachschulen gezwungen, von ihren SchülerInnen ein Schulgeld zu erheben und befürchten einen drastischen, existenzbedrohlichen Rückgang der Schülerzahlen. Die Grünen haben sich für einen Erhalt des Schulgeldausgleichs

eingesetzt. Sozialministerin Haderthauer hat dabei zugesagt, eine 100-prozentige Refinanzierung der Altenpflegeschulen aufrecht zu erhalten und bei steigenden Schülerzahlen sogar eine Erhöhung des Haushaltstitels zu prüfen. Diese weitgehenden Zusagen wurden vom Kultusministerium jedoch umgehend wieder relativiert.

Renate Ackermann,
sozialpolitische Sprecherin

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ▶ POLITIKFELDER ▶ SOZIALES

MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE BRAUCHEN UNTERSTÜTZUNG

Erstaufnahmeeinrichtung in München untragbar

Trotz anhaltender Kritik an den untragbaren Zuständen in der Münchner Erstaufnahmeeinrichtung sind dort immer noch knapp 120 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge untergebracht – bei einer Kapazität von maximal 30 Plätzen!

Konflikte sind an der Tagesordnung, viele leiden unter schweren Traumatisierungen, das Personal ist überfordert. Die Stadt München bemüht sich, schnell und unbürokratisch

neue Plätze für junge Flüchtlinge in der Jugendhilfe oder anderen adäquaten Einrichtungen zu schaffen. Die Staatsregierung scheint das Problem zu ignorieren.

Angesichts der dramatischen Eskalation haben wir vor der Sommerpause umgehend Maßnahmen zur Entlastung in der Erstaufnahme eingefordert. Die Jugendlichen sollten kurzfristig anderweitig untergebracht werden.

Langfristig muss für diese Zielgruppe für eine Unterbringung auf dem Niveau einer Jugendhilfeeinrichtung gesorgt werden. Die Haltung der Staatsregierung ist schlicht verantwortungslos.

Renate Ackermann,
asylpolitische Sprecherin

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ▶ POLITIKFELDER ▶ ASYL



„NOLYMPIA“

Fokus auf Garmisch-Partenkirchen

Die olympischen Winterspiele 2018 würden vor allem für die Berggemeinden in den Bergen zum schwer verantwortbaren ökologischen und auch ökonomischen Risiko werden. Deshalb ist es ein umso größerer Erfolg, dass beeindruckend schnell die Unterschriften für das Bürgerbegehren in Oberammergau zusammenkamen.

Letztlich kam es nur deshalb nicht zum Bürgerentscheid, weil die Bewerbungsgesellschaft die Bewerbung Oberammergaus lieber gleich von sich aus zurückzog. In diesem Zusammenhang vielen Dank an unseren grünen Kreisvorsitzenden Korbinian Freier, der maßgeblich dazu beigetragen hat, seinen Heimatort vor den negativen Auswirkungen der Winterspiele zu bewahren.

Der Fokus von „Nolympia“ liegt momentan auf der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen. Bereits am 9. März 2010 fand dort eine Informationsveranstaltung mit über 200 TeilnehmerInnen statt. Kurze Zeit später konnten wir zahlreiche BürgerInnen in Oberammergau von der Gefahr der drohenden Überschuldung ihrer Gemeinde sowie der Zerstörung ihrer wertvollen Kulturlandschaft überzeugen. Das Loisachtal ist viel zu klein und ökologisch zu wertvoll, um es für ein Massenevent zu verheizen. Die absolute Mehrheit der LandwirtInnen und GrundstücksbesitzerInnen wehrt sich auch deshalb zurecht gegen eine Verpachtung und nachhaltige Beeinträchtigung

ihres Eigentums und ihrer Heimat. Mittlerweile liegen im gesamten Landkreis Unterschriftenlisten gegen die Bewerbung aus. Allein aus der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen erreichten uns bereits über 1.000 Unterschriften. Die Online-Unterschriftenaktion unter <http://nolympia2018.ludwighartmann.de/unterstuetzen/> wird auch von zahlreichen Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet unterstützt.

Die dort hinterlegten Listen eignen sich auch zum Sammeln von Unterschriften außerhalb Garmisch-Partenkirchens, denn wir wollen zeigen, dass auch im übrigen Bayern die Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2018 keine Mehrheit in der Bevölkerung findet.

Durch das sehr gut besuchte Bündnistreffen, welches sich Ende Juli in München zusammengefunden hat, sehen wir nun auch in der Landeshauptstadt einen größeren personellen Spielraum, um unseren Zielen Präsenz zu verleihen.

Zu guter Letzt bestärkt uns auch das desaströse und pannenreiche Auftreten der Bewerbungsgesellschaft in unserer begründeten Ablehnung der Olympiabewerbung.

Ludwig Hartmann,
klimapolitischer Sprecher

➔ MEHR UNTER: WWW.NOLYMPIA.DE ODER
WWW.LUDWIG-HARTMANN.DE



Foto: Sammlung Gesellschaft für ökolog. Forschung/Axel Doering

HGGA: FASS OHNE BODEN

Der Untersuchungsausschuss zum Milliardengrab HGAA war bisher sehr erfolgreich. Das erste wichtige Ergebnis erbrachten die einhellig vom Ausschuss bestellten Gutachter: Sie haben die strengen gesetzlichen Pflichten von Vorstand und Verwaltungsrat übereinstimmend herausgearbeitet. An dieser hohen Meßlatte müssen sich die Verantwortlichen messen lassen.

Damit wirkt der Ausschuss weit über die Landesbank und Bayern hinaus: Ab sofort werden alle Aufsichtsräte von Unternehmen, staatlichen und kommunalen Beteiligungen genau kontrollieren müssen. Die Zeit der Postenjäger und Gremienschläfer ist vorbei.

Die Zeugenbefragungen und die Aktenauswertung haben den Befund, der zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses geführt hat, weiter erhärtet: Die Landesbank hat mit der HGAA die Katze im Sack gekauft und die Bank nie in den Griff bekommen. Die Verwaltungsräte haben nicht ihren Sorgfaltspflichten entsprechend kontrolliert, sondern dem Vorstand bei Kauf und Führung der Bank blind vertraut. Damit hat sich auch die Vermutung der Opposition weiter bestätigt, dass sie grob fahrlässig gehandelt haben. Sie taten, was kein vernünftiger Mensch getan hätte: Sie haben die Bank überstürzt gekauft, ohne ausreichend zu prüfen oder sich abzusichern, einen weit überhöhten Kaufpreis gezahlt, nicht nach den Vertragsbedingungen gefragt und Risiken weder beim Kauf noch danach begrenzt, so dass sich die Bank immer mehr zu einem Fass ohne Boden entwickelte. Im Untersuchungsausschuss geht es auch um die Frage: Wer haftet für den Milliarden-Schaden? Ab September sind die Verwaltungsräte dran: Es ist an ihnen, den bisherigen Beweisstand zu widerlegen und nachzuweisen, dass sie nicht grob fahrlässig gehandelt haben. Das dürfte ihnen schwer fallen.

Dr. Sepp Dürr,
Mitglied im Untersuchungsausschuss

➔ MEHR UNTER: WWW.MILLIARDENGRAB-LANDESBANK.DE

NULLTOLERANZ BEIBEHALTEN!

Die derzeit diskutierte Aufhebung der Nulltoleranz für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) in Saatgut halten wir für falsch. Ausgelöst wurde die Debatte durch die Aussaat von verunreinigtem Mais, der untergepflügt werden musste.

Verbände und Bundesregierung leiten aus diesem Vorfall die Forderung ab, die Nulltoleranzregelung für Futtermittel, die mit in der Europäischen Union nicht zugelassenen GMO verunreinigt sind, und für Saatgut aufzuheben.

Dabei sind sich der bayerische Bauernverbandspräsident Sonnleitner, der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes Nüssel, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie der wissenschaftliche Beirat des Bundeslandwirtschaftsministeriums einig.



Foto: Sascha Bergmann/fotolia.com

Dementsprechend will die Bundesregierung mit einer Änderung des Gentechnikgesetzes eine sogenannte praktikablere Anwendung der Nulltoleranz ermöglichen. Im Klartext würde das einen Freifahrtschein für die Agrarlobby für unsauberes Arbeiten bedeuten und damit die Ausbreitung von GMO enorm beschleunigen.

Unser Dringlichkeitsantrag zur Beibehaltung der Nulltoleranz wurde von den Regierungsfractionen im Bayerischen Landtag vor der Sommerpause mit fadenscheiniger Begründung abgelehnt.

Adi Sprinkart,
agrarpolitischer Sprecher

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ► POLITIKFELDER ► GENTECHNIK

DOPPELHAUSHALT 2011/2012

Staatsregierung ist nicht entscheidungsfähig

Im Doppelhaushalt 2011/2012 klafft eine Lücke von bis zu 5 Mrd. Euro. Und was macht die Staatsregierung? Nichts!

Anstatt – wie es normal wäre – nach der Sommerpause den Haushaltsentwurf dem Parlament vorzulegen, verplempert sie Zeit in der Hoffnung, dass die Novembersteuerschätzung höhere Einnahmen verspricht. Der Kabinettsbeschluss zum Doppelhaushalt ist vom Juli auf den November verschoben. Die Verabschiedung wird bis ins Frühjahr 2011 vertagt.

Die Staatsregierung ist offensichtlich nicht entscheidungsfähig; über die Inhalte der Sparvorschläge, die Finanzminister Fahrenschon von seinen MinisterkollegInnen einforderte, dringt fast nichts nach außen.

Wie verfahren die Situation ist, zeigt, dass die Staatsregierung eine Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Haushaltsaufstellung einberufen hat, die auch aus Abgeordneten der CSU- und der FDP-Fraktion besteht. Das lehnen wir strikt ab, da so die Trennung von Legislative und Exekutive in verfassungsrechtlich bedenklicher Weise aufgeweicht wird: Die Aufstellung des Haushalts ist Aufgabe

der Staatsregierung. Dabei drängt die Zeit. Denn selbst wenn die Steuereinnahmen steigen sollten, müssen mehrere Milliarden eingespart werden, um zusätzliche Schulden zu vermeiden.

Die grüne Landtagsfraktion wird im September Vorschläge zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung machen. Nachhaltig heißt: Es geht nicht um ein simples Kürzen von Ausgaben. Der Haushalt muss strukturell geändert werden. Aus einer Aufgabenkritik muss sich ergeben, welche Ausgaben umstrukturiert und reduziert werden können. Und Einsparungen müssen dauerhaft sein, Kosten dürfen nicht einfach in die Zukunft geschoben werden.

Nachhaltig heißt auch, dass Zukunftsfelder wie Bildung und Klimaschutz kein Feld für Sparpolitik sein können.

Claudia Stamm,
haushaltspolitische Sprecherin
Eike Hallitzky,
finanzpolitischer Sprecherin

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ► POLITIKFELDER ► HAUSHALT

EU-FÖRDERPROGRAMME ...

... und ihre Nutzbarkeit vor Ort

Über die Einsetzbarkeit von EU-Fördermitteln informierten Barbara Lochbihler (MdEP) und Christine Kamm (MdL) in einer gemeinsamen Tagung im Bayerischen Landtag.

Hierbei ging es ihnen nicht nur um eine Verbesserung der Chancen bayerischer Kommunen und Nichtregierungsorganisationen beim Zugang zu EU-Förderprogrammen und der Verbesserung der finanziellen Ausstattung sinnvoller Projekte. Bei EU-Projekten geht es meist um mehr, es geht um soziale und gesellschaftliche Innovation und um Weiterverbreiten neuer Ideen für Morgen.

Gerade im Hinblick auf bessere Bildungschancen für Migrantinnen und Migranten, im

Bereich sprachlicher und beruflicher Qualifizierung, im Bereich beruflicher Integration, aber auch im Umweltbereich sind die Europäische Union, aber auch die Nichtregierungsorganisationen und die Kommunen vor Ort die Motoren einer guten gesellschaftlichen Entwicklung.

Fachreferent Christoph Siegers zeigte, wie man sich im Dschungel der Fördermöglichkeiten nicht verirrt.

Christine Kamm,
kommunalpolitische Sprecherin

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ► POLITIKFELDER ► EUROPA



PRO PRODUKTIONSSCHULEN

Eine qualifizierte Berufsausbildung ist die Eintrittskarte in das Erwerbsleben. Zu vielen jungen Menschen bleibt dieser Weg jedoch versperrt. Sie verbleiben oft jahrelang in Warteschleifen, ohne eine wirkliche berufliche Perspektive. Das zu ändern ist unser Ziel. Wir wollen ein System, das allen Jugendlichen die Chance auf einen erfolgreichen Übergang von der Schule in die Ausbildung bietet. Deshalb stellen wir das bestehende System der Berufsvorbereitung auf den Prüfstand. Es gibt bereits innovative Konzepte wie das Modell der Produktionsschulen, die einen erfolgreichen Übergang ins Berufsleben ermöglichen.

Wie das Modell der Produktionsschulen auch in das bayerische Bildungssystem integriert werden kann und welche weiteren Schritte auf diesem Weg nötig sind, hat die Sprecherin für berufliche Bildung und lebenslanges Lernen, Simone Tolle, mit Experten aus der Praxis diskutiert.

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ►POLITIKFELDER►INNEN- UND RECHTSPOLITIK

POLITIK SELBST GESTALTEN

In Bayern hat sich die direkte Demokratie als dynamischer Bestandteil der politischen Kultur bewährt. Umso ärgerlicher ist es, dass das Engagement der BürgerInnen noch immer von Hürden und Einschränkungen ausgebremst wird. Die vorhandenen Elemente der demokratischen Mitbestimmung in Bayern benötigen dringend eine Erneuerung. Die Landtagsgrünen haben deshalb ein Maßnahmenpaket für mehr lebendige Demokratie in Bayern entwickelt.

Susanna Tausendfreund,
innenpolitische Sprecherin

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ►POLITIKFELDER►INNEN- UND RECHTSPOLITIK

POLIZEI UNABHÄNGIG KONTROLLIEREN

Die grüne Landtagsfraktion setzt sich für eine unabhängige Kontrolle der Polizei und für mehr Transparenz polizeilichen Handelns, z.B. durch eine individualisierte Kennzeichnungspflicht von Polizeieinsatzkräften, ein. Dabei können wir von England lernen: Dort existiert seit 2004 die Independent Police Complaints Commission (IPCC). Diese unabhängige Behörde geht Beschwerden über polizeiliches Fehlverhalten nach. Sie verfügt über umfassende eigene Ermittlungskompetenzen. Ob die IPCC auch ein Modell für Bayern sein könnte, diskutierte die innenpolitische Sprecherin Susanna Tausendfreund bei einem Fachgespräch am 16. Juli im Bayerischen Landtag mit einem Vertreter der IPCC. Die Ausführungen von Nicholas Long machen Mut, ein unabhängiges Beschwerdesystem, das die Polizei nicht unter Generalverdacht stellt, sondern im Gegenteil durch transparente Ermittlungen das öffentliche Vertrauen in polizeiliches Handeln stärkt, auch in Bayern zu institutionalisieren.

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ►POLITIKFELDER►INNEN- UND RECHTSPOLITIK

PRIMA VERNETZT – ODER IM NETZ VERFANGEN?

Neue Medien sind aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Für einen Großteil der Bevölkerung gehören Internet oder Computerspiele zum Alltag. Sie erleichtern unser Leben und eröffnen Möglichkeiten, von denen Generationen vor uns noch träumten.

Doch die neue Medienwelt zeigt auch beunruhigende Seiten. Es stellt sich deshalb die Grundfrage: Wie können wir von den neuen Medien profitieren und uns gleichzeitig vor Risiken schützen? Diese Frage zu erörtern, darauf legte unsere medienpolitische Sprecherin Ulrike Gote den Schwerpunkt bei fünf Veranstaltungen zu diesem Thema. Es ging um Medienkompetenz, soziale Netzwerke im Internet, pädagogisch wertvolle Computerspiele, Jugendschutz im Internet und Internet- und Computerspielsucht. Jedes Gespräch zielte darauf, zu klären, wo grüne Politikideen gefragt sind, wo wir fördern und wo regulierend eingreifen müssen.

Die Dokumentation der Veranstaltungen und Ergebnisse findet Ihr auf unserer Homepage.

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-FRAKTION-BAYERN.DE ►POLITIKFELDER►NETZ UND MEDIEN

VERANSTALTUNGSHINWEIS

15 JAHRE KOMMUNALER BÜRGERENTSCHEID IN BAYERN - VOM OBRIGKEITSSTAAT ZUR MITMACHDEMOKRATIE

Mit Klaus Kreuzeder und der Biermösl Blosn

Samstag, 2. Oktober 2010, 10.30 bis 15 Uhr im Bayerischen Landtag

Die Einführung des Bürgerentscheids in Bayern im Jahr 1995 bedeutete einen wichtigen Schritt hin zu einer lebendigen Mitmachdemokratie, ein Begriff, der maßgeblich auch von Sepp Daxenberger geprägt und in die Tat umgesetzt wurde. Eine ganz konkrete Beteiligung der BürgerInnen in ihren Kommunen wurde ermöglicht und die Bevölkerung hat rege Gebrauch von diesem neuen Recht gemacht. 15 Jahre danach wollen wir gemeinsam mit dem Verein Mehr Demokratie diesen wichtigen Meilenstein feiern.

Eingerahmt von Saxophonist Klaus Kreuzeder, kulinarischem Genuss und einem Konzert der Biermösl Blosn gibt es Festvorträge namhafter Förderer der direkten Demokratie.

Nähere Informationen: www.susanna-tausendfreund.de, Anmeldung: nikolaus.hoenning@gruene-fraktionbayern.de, Telefon: 089/4126-2774

TERMINE

BUNDESVERBAND

19.11.2010 - 21.11.2010

Bundesdelegiertenversammlung

Ort: Freiburg, Messe

LANDESVERBAND

23.10.2010 - 24.10.2010

Landesdelegiertenversammlung in Würzburg

Ort: Congress Centrum Würzburg,

04.12.2010 | 11:00 - 18:00

Zukunftskongress 2 „Zeitreise 2030“ zum Thema demografischer Wandel

Ort: Alter E-Werk, Bamberg

Anmeldung über Landesgeschäftsstelle nötig: landesverband@bayern.gruene.de

LANDESARBEITSKREISE

18.09.2010 | 10:30 - 17:00

LAK Medien & Netzpolitik

Ort: Grünes Büro Ingolstadt

Kontakt: christian.hoebusch@t-online.de

23.09.2010 | 18:30 - 22:00

LAK Demokratie und Recht

Ort: Stadtbüro München

Kontakt: kraus-florian@web.de

25.09.2010 | 11:00 - 15:00

LAK Wirtschaft und Finanzen

Ort: Kreisgeschäftsstelle Nürnberg

Kontakt: info@gruene-bayern-wifi.de

02.10.2010 | 11:00 - 16:00

LAK Kultur

Ort: Regensburg

Kontakt: u.s@bnv-bamberg.de

02.10.2010 | 11:00 - 15:00

LAK Kinder, Jugendliche, Mehrgenerationengesellschaft

Ort: LGS München Sendlinger Str. 47

Kontakt: post@thienen.de

08.10.2010 | 16:00 - 19:00

LAK Gesundheit und Soziales

Ort: LGS München Sendlinger Str. 47

Kontakt: andreas.ammer@web.de

15.10.2010 | 15:00

Treffen des neu gegründeten LAK Migration, Flucht und Menschenrechte (vorbehaltlich Anerkennung durch den Parteirat)

Ort: Nürnberg

Kontakt: anja.edelhaeuser@gmx.net

16.10.2010 | 11:00 - 15:00

LAK Hochschule Forschung Technologie

Ort: LGS München Sendlinger Str. 47

Kontakt: eichlerj@gmx.de

16.10.2010 | 11:45 - 15:30

LAK Verkehr-Planen-Bauen

Ort: Landshut, Grünes Büro

Kontakt: Ewerners@aol.com

06.11.2010 | 11:00 - 15:00

LAK Hochschule Forschung Technologie

Ort: LGS München Sendlinger Str. 47

Kontakt: eichlerj@gmx.de

06.11.2010 | 11:00 - 15:00

LAK Wirtschaft und Finanzen

Ort: München

Kontakt: info@gruene-bayern-wifi.de

03.12.2010 16:00 - 19:00

LAK Gesundheit und Soziales

Ort: LGS München Sendlinger Str. 47

Kontakt: andreas.ammer@web.de

04.12.2010 | 11:00 - 16:00

LAK Kultur

Ort: Nürnberg

Kontakt: u.s@bnv-bamberg.de

11.12.2010 | 11:00 - 15:00

LAK Wirtschaft und Finanzen

Ort: Kreisgeschäftsstelle Nürnberg

Kontakt: info@gruene-bayern-wifi.de

PETRA-KELLY-STIFTUNG

14.10.2010 | 19:00

Wege zur nachhaltigen Stadt: Erneuerbare Energien und ökologisches Bauen in einer alten Stadt

Ort: Bamberg, Spiegelsaal der Harmonie

16.10.2010 | 10:30-17:00

Das Web 2.0 und seine Folgen
Auswirkungen neuer Nutzungsformen
im Internet auf Politik und Medien
Ort: Nürnberg, Bildungszentrum

11.11.2010 | 19:00

Green New Deal für die Chemieindustrie?

Probleme - Chancen - Perspektiven

Ort: Burghausen, Helmbrechtsaal

27.11.2010 | 09:30-18:00

Rechtsextreme Erlebniswelten

Ort: München, Ev. Stadtakademie

03.-04.12.2010

Herausforderung Rechtsextremismus

Strukturen - Strategien -

Gegenmaßnahmen

Ort: Tutzing, Akademie für Politische

Bildung

➔ MEHR UNTER: WWW.GRUENE-BAYERN.DE/START/TERMINE.HTML
WWW.PETRAKELLYSTIFTUNG.DE/PROGRAMM/VERANSTALTUNGEN



IMPRESSUM

Herausgeber

Bündnis 90 / Die Grünen

Landesverband Bayern

Sendlinger Str. 47

80331 München

Tel. 089/211 597-0, Fax 089/211 597-24

landesverband@bayern.gruene.de

www.bayern.gruene.de

Bündnis 90 / Die Grünen

im Bayerischen Landtag

Maximilianeum

81627 München

Tel. 089/4126-2493, Fax 089/4126-1494

info@gruene-fraktion-bayern.de

www.gruene-fraktion-bayern.de

Redaktion

Landesverband:

Alex Burger (verantwortl.), Daniela Wüst

Theresa Schopper, Dieter Janecek

Landtagsfraktion:

Dr. Beate Kellermann (verantwortl.)

Margarete Bause

Grafisches Konzept

elmaydesign –

Mediadesignbüro in München

Elisabeth Mayer

Untere Weidenstr. 27

81543 München

Tel. 089/52 35 06 12

contact@elmaydesign.com

Herstellung

Druckerei Pantona GmbH

Dieselstr. 77

90441 Nürnberg

Tel. 0911/33 52 88

pantona@pantona.de

Auflage 6.700, gedruckt auf envirotop